



## Datenschutzerklärung der BKM:

### 1. Kontakt

- Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
- Anschrift: Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn  
Köthener Str. 2, 10963 Berlin
- Zentrale Telefonnummer: (0228) 99 681-13543 oder (030) 18 681-13543
- Zentrale E-Mail-Adresse: Poststelle(at)bkm.bund.de
- Behördlicher Datenschutzbeauftragter: Herr Oechsner
- Telefonnummer: (0228) 99 681-13655
- Mail-Adresse: datenschutzbeauftragter(at)bkm.bund.de

### 2. Einleitung und Zwecke der Verarbeitung

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) verarbeitet bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlich übertragenen Aufgaben personenbezogene Daten. Zu ihren öffentlichen Aufgaben gehören insbesondere die:

- Weiterentwicklung und Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Kultur- und den Medienbereich über die Bundesgesetzgebung,
- Förderung von Kultureinrichtungen und -projekte von nationaler Bedeutung,
- Sorge für die kulturelle Repräsentation des Gesamtstaates in der Bundeshauptstadt Berlin,
- Vertretung der kultur- und medienpolitischen Interessen Deutschlands in verschiedenen internationalen Gremien,
- Förderung von national bedeutsamen Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der NS-Terrorherrschaft,
- Erinnerung an das Unrecht in der ehemaligen DDR in Zusammenarbeit mit Gedenkstätten und Institutionen
- Bearbeitung von Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Anträgen auf Informationszugang, u.a. nach dem Informationsfreiheitsgesetz,

Die BKM verarbeitet als zivilrechtliche Vertragspartei bzw. als öffentlich-rechtliche Dienststelle personenbezogene Daten. Beispiele hierfür sind die Personalgewinnung und -verwaltung, die Beschaffung von Büromaterialien oder Hilfsdienstleistungen. Die BKM verarbeitet in Verfolgung ihrer eigenen Interessen gegebenenfalls auch die personenbezogenen Daten der Beschäftigten ihrer Vertragsparteien. Das Interesse der BKM liegt dabei auf der Anbahnung, dem Abschluss und der Durchführung bestimmter Vertragsbeziehungen. Die BKM verarbeitet auf der Grundlage von Einwilligungen die für die Beantwortung presserechtlicher Anfragen notwendigen personenbezogenen Daten. Bei sonstigen Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern (bspw. Bürgeranfragen oder Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz) werden die übermittelten personenbezogenen Daten zur Bearbeitung des jeweiligen Anliegens verarbeitet. Vor einer eventuellen Weiterverarbeitung von personenbezogenen Daten für andere Zwecke, als bei der Datenerhebung, wird die betroffene Person durch die BKM nach den gesetzlichen Vorgaben informiert.

### 3. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

- Art. 6 Abs. 1 lit. a), b), e), DSGVO i.V.m. § 3 BDSG

### 4. Empfängerkategorien

Bei der Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgaben übermittelt die BKM anlassbezogen personenbezogene Daten innerhalb ihres Geschäftsbereichs sowie an andere öffentliche Stellen des Bundes, der Länder, der EU oder anderer Mitgliedstaaten der EU, ferner an Vertreter der Presse, Antragsteller nach den Informationsfreiheitsgesetzen und Vertragspartner der BKM. Vor einer Übermittlung an andere Stellen wird stets geprüft, ob diese rechtmäßig ist.

### 5. Speicherdauer

Die Speicherung erfolgt im Einklang mit der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO), der Registraturrechtlinie für das Bearbeiten und Verwalten von Schriftgut in Bundesministerien (RegR) sowie der Hausanordnung Nr. 6 der BKM (Verwaltung des Schriftguts). Die Speicherdauer ist abhängig vom Bearbeitungsinteresse an dem jeweiligen Vorgang und dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit Sie liegt bei mindestens einem Jahr und überschreitet eine Dauer von 30 Jahren nur in begründeten Ausnahmefällen.

### 6. Betroffenenrechte

Sowohl im Rahmen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben als auch als zivilrechtliche Vertragspartei ist die BKM verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten. Den Betroffenen stehen daher folgende Rechte aus der DSGVO zur Verfügung:

#### a) Widerruf einer Einwilligung i.S.d. Art. 6 Abs. 1 a) oder Art. 9 Abs. 2 a)

Die Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten kann jederzeit widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung erfolgten Verarbeitung bis zum Zeitpunkt ihres Widerrufs, wird hierdurch nicht berührt.

#### b) Recht auf Auskunft - Art. 15 DSGVO

Mit dem Recht auf Auskunft erhält der/die Betroffene eine umfassende Einsicht in die sie/ihn angehenden Daten und einige andere wichtige Kriterien, wie beispielsweise die Verarbeitungszwecke oder die Dauer der Speicherung. Es gelten die in § 34 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

#### c) Recht auf Berichtigung - Art. 16 DSGVO

Das Recht auf Berichtigung beinhaltet die Möglichkeit für die/den Betroffene/-n, unrichtige sie/ihn angehende personenbezogene Daten korrigieren zu lassen.

#### d) Recht auf Löschung - Art. 17 DSGVO

Das Recht auf Löschung beinhaltet die Möglichkeit für die/den Betroffene/-n, Daten beim Verantwortlichen löschen zu lassen. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn die sie/ihn angehenden personenbezogenen Daten nicht mehr notwendig sind, rechtswidrig verarbeitet werden oder eine diesbezügliche Einwilligung widerrufen wurde. Es gelten die in § 35 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

#### e) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung - Art. 18 DSGVO

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung beinhaltet die Möglichkeit für die/den Betroffene/-n, eine weitere Verarbeitung der sie/ihn angehenden personenbezogenen Daten vorerst zu verhindern. Eine Einschränkung tritt vor allem in der Prüfungsphase anderer Rechtswahrnehmungen durch die/den Betroffene/-n ein.

#### f) Recht auf Datenübertragbarkeit - Art. 20 DSGVO

Das Recht auf Datenübertragbarkeit beinhaltet die Möglichkeit für die/den Betroffene/-n, die sie/ihn angehenden personenbezogenen Daten in einem gängigen, maschinenlesbaren Format vom Verantwortlichen zu erhalten, um sie ggf. an einen anderen Verantwortlichen weiterleiten zu lassen. Gemäß Art. 20 Abs. 3 Satz 2 DSGVO steht dieses Recht aber dann nicht zur Verfügung, wenn die Datenverarbeitung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dient.

#### g) Recht auf Widerspruch - Art. 21 DSGVO

Das Recht auf Widerspruch beinhaltet die Möglichkeit für die/den Betroffene/-n, in einer besonderen Situation der weiteren Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten zu widersprechen, soweit dies durch die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder öffentlicher sowie privater Interessen gerechtfertigt ist. Es gelten die in § 36 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

Sollte ein/-e Betroffene/-r von diesen Rechten Gebrauch machen, prüft die BKM, ob die Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Macht ein/-e Betroffene/-r von seinem Recht auf Widerruf der Einwilligung Gebrauch und widerspricht er/sie der Speicherung von personenbezogenen Daten, kann ggf. keine Kontaktaufnahme mehr erfolgen.

### **7. Notwendigkeit der Datenverarbeitung und der Bereitstellung personenbezogener Daten**

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch die BKM steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgaben. Im Einzelfall kann die Bereitstellung personenbezogener Daten aufgrund der spezifischen Anforderungen der einzelnen Aufgabe erforderlich sein, insbesondere dann, wenn ein Vertragsabschluss beabsichtigt ist oder ein Antrag gestellt wird, der mittels Verwaltungsakt zu bescheiden ist.

### **8. Kontaktaufnahme mit der BKM**

#### **8.1 Per Brief oder Fax**

Sofern Sie einen Brief oder ein Fax an das Amt der BKM schicken, werden die von Ihnen übermittelten Daten (z.B. Name, Vorname, Anschrift) und die im Brief enthaltenen Informationen (ggf. von Ihnen übermittelte weitere personenbezogenen Daten) zum Zwecke der Kontaktaufnahme und Bearbeitung Ihres Anliegens gespeichert.

#### **8.2 Per Telefon**

Soweit Sie telefonischen Kontakt mit dem Amt der BKM aufnehmen, werden nur in denjenigen Fällen personenbezogene Daten (z.B. Name, Vorname, Telefonnummer, Anschrift) verarbeitet, in denen von Ihnen ein Rückruf oder eine schriftliche Mitteilung erbeten wird.

### **9. Anrufung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)**

Betroffene, die annehmen, dass sie durch die Verarbeitung ihrer persönlichen Daten in ihren Rechten verletzt sind, können sich an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde wenden (Artikel 77 DSGVO). Die Beschwerde ist zu richten an den:

Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit,  
Husarenstraße 30, 53117 Bonn,  
E-Mail: [poststelle\(at\)bfdi.bund.de](mailto:poststelle(at)bfdi.bund.de).